

Protokoll über die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltschutzausschusses

—

Sitzungsdatum: Montag, den 10.05.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine). Die Sitzung wird als
Hybridsitzung stattfinden. Die Mitglieder des Ausschusses
sollten nach Möglichkeit nur Online teilnehmen, da die
Sitzplätze im Großen Sitzungssaal begrenzt sind.

Anwesend:

Vorsitzender

Beigeordneter Oliver Wöhler

stellvertretene Vorsitzende

Ratsfrau Heike Lietz (Zoom)

Beigeordneter

Beigeordneter Wolfgang Wiek

Mitglied

Beigeordneter Werner Neumann (Zoom)

Ratsherr Jörg Sachs (Zoom)

Ratsherr Jörg Schaper (Zoom)

Ratsherr Guido Franke (Zoom)

Von der Verwaltung

Herr Bernd Beushausen

Herr Mario Stellmacher

Herr Michael Kriszan

Frau Ina Mäkeler (Zoom)

Herr Steven Keuntje (EDV)

Frau Annika Hinke (Protokollführerin)

Außerdem Anwesend

Herr Uwe Höltgebaum

Herr Dr. Thomas Stadler

Herr Dirk Dräger

Alfelder Zeitung

Frau Nora Garben

Abwesend:

Mitglied

Ratsfrau Katja-Susann Driemel

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Stadtentwicklungs- und Umweltschutzausschusses sowie der Tagesordnung**

Der Vorsitzende, Herr Wöhler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird um den neuen Tagesordnungspunkt 2 „Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltschutzausschusses am 24.02.2021“ erweitert, die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend. Die erweiterte Tagesordnung wird beschlossen.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltschutzausschusses am 24.02.2021**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3. **Baulandpotentiale; Beratung und Entscheidung über die beiden Alternativstandorte An den Steinköpfen und im Ortsteil Gerzen Vorlage: 496/XVIII**

Herr Wöhler geht vorab auf den von der Gruppe CDU/FDP gestellten Antrag vom 06.05.2021 ein und erklärt, dass von den beiden in der Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüros Keuntje untersuchten Standorte die Fläche „An den Steinköpfen“ befürwortet wird. Die Gruppe CDU/FDP habe sich ausführlich mit den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie auseinandergesetzt, in der es in erster Linie um die Entwässerung ginge. **Herr Wöhler** führt weiter aus, dass die Gruppe CDU/FDP beide Flächen für geeignet halte und die aktuelle Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt deutlich mache, dass es dringend geboten sei, im Bereich der Stadt Alfeld (Leine) ein Neubaugebiet zu erschließen. Die Gruppe sei davon überzeugt, dass mittelfristig beide Standorte für die Ausweisung neuer Wohnbauflächen benötigt würden, sodass sich aktuell nur die Frage der zeitlichen Reihenfolge stelle. Die Gruppe CDU/FDP schlägt vor, zuerst mit dem Standort „An den Steinköpfen“ zu beginnen. **Herr Wöhler** fügt hinzu, dass im Bereich „An den Steinköpfen“ ein höheres Vermarktungspotenzial aufgrund der Lage im Bereich der Kernstadt, der guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, der Einkaufsmöglichkeiten sowie einer KiTa in unmittelbarer Nähe vorliege.

Herr Wiek stimmt Herrn Wöhler nicht zu und betont, dass die Gruppe SPD/Grüne den Antrag nicht unterstütze. Es sei wichtig, das Bauland den Bürgerinnen und Bürgern so kostengünstig wie möglich anzubieten. Die gesamten Erschließungskosten seien „An den Steinköpfen“ höher als die Kosten für das Neubaugebiet „B3/Gerzen“. Es nütze nichts, wenn zum Beispiel Menschen aus Hannover nach Alfeld zuzögen und im Gegenzug die Alfelder BürgerInnen aufgrund der hohen Grundstückspreise aus Alfeld wegzögen. Außerdem könne man nicht so einfach Maßnahmen aus dem beschlossenen Investitionsplan der Stadt Alfeld (Leine) streichen, um notwendige Mehrkosten für den erforderlichen Grunderwerb von bisher privaten Grundstücken „An den Steinköpfen“ bereit zu stellen.

Herr Franke fügt hinzu, dass sich die BAL-Ratsfraktion aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Alfeld (Leine) ebenfalls für das Neubaugebiet „B3/Gerzen“ ausspräche. Außerdem sei ein Vorteil des Standortes in Gerzen, dass die Umsetzung schneller erfolgen könne als im Bereich „An den Steinköpfen“, da die Grundstücke dort teilweise erst noch erworben werden müssten.

Herr Höltgebaum begrüßt als Ortsbürgermeister von Gerzen die Entwicklung eines Neubaugebietes im Ortsteil Gerzen und weist darauf hin, dass sich auch in Gerzen eine KiTa in unmittelbarer Nähe zum potenziellen Standort befände.

Nach erfolgter Diskussion erklärt **Herr Wöhler**, dass die Gruppe CDU/FDP ihren Antrag zurückziehe. Beide Flächen seien geeignet und letztendlich gehe es darum, generell voran zu kommen. Herr Wöhler fragt außerdem an, ob es bereits eine erste Zeitplanung gäbe. Herr Stellmacher antwortet, dass es noch keinen genauen Zeitplan gäbe, da noch keine Gespräche mit entsprechenden Planungsbüros stattgefunden hätten. Zunächst sollen die Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Rates abgewartet werden und sich dann auf die Suche nach einem geeigneten Planungsbüro gemacht werden. Die Verwaltung sei bemüht, das Projekt schnellstmöglich voran zu bringen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine)

„Von den beiden in der Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüros Keuntje enthaltenen Standorten wird der Standort im Ortsteil Gerzen befürwortet. Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beauftragt die Verwaltung mit der bauleitplanerischen Umsetzung.“

-einstimmig-

4. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stellmacher teilt mit, dass ein Planungsgespräch zum aktuellen Stand des Projektes „Suedlink“ stattgefunden habe. Im Rahmen des Planungs- und Genehmigungsprozesses soll zeitnah ein Planfeststellungsverfahren beantragt und eröffnet werden. Ziel des Verfahrens sei es, innerhalb des bereits festgelegten 1.000 Meter breiten Suchkorridors den konkreten Verlauf der Erdkabel festzulegen. Zu Beginn des Verfahrens reichen TenneT und TransnetBW abschnittsweise den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) bei der Bundesnetzagentur ein. Darin enthalten sind unter anderem der von TenneT und TransnetBW favorisierte Trassenverlauf sowie alternative Trassenführungen für einzelne Teilbereiche. Nach Einreichung der § 19-Anträge veranstaltet die Bundesnetzagentur eine sog. Antragskonferenz. In einem anschließenden Beteiligungsverfahren können sich sowohl die Träger öffentlicher Belange und Verbände als auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Flächeneigentümer zum Trassenverlauf äußern und ihre Hinweise und Anmerkungen vorbringen. Eine Aussage zum zeitlichen Ablauf könne aktuell noch nicht gemacht werden, dennoch sei von einer Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens in den nächsten Wochen auszugehen.

Außerdem informiert **Herr Stellmacher** über die Weiterentwicklung des Leitbildes für die Stadt Alfeld (Leine). Zur finanziellen Unterstützung des Prozesses der Leitbildentwicklung habe die Stadtverwaltung bereits für zwei Förderinitiativen („Heimat 2.0“ aus Bundesmitteln mit einer Förderquote von bis zu 90 % und „Zukunftsräume Niedersachsen“ aus Landesmitteln mit einer Förderquote von bis zu 60 %) erste Projektskizzen vorbereitet und eingereicht. Da es sich bei beiden Förderinitiativen um zweistufige Antragsverfahren handle, sei abzuwarten, ob und wann die vollständigen Antragsunterlagen einzureichen sind. Hinsichtlich der Förderinitiative „Zukunftsräume Niedersachsen“ habe das zuständige Amt für regionale Landesentwicklung die Stadt Alfeld (Leine) bereits aufgefordert, den vollständigen Antrag zu erarbeiten und

einzureichen. Die Weiterentwicklung des Leitbildes könnte dann eine der ersten großen Aufgaben für den neuen Rat im Jahr 2022 sein.

Herr Beushausen geht auf die neue Situation durch die geänderte Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen ein. Die aktuelle Corona-Verordnung regelt, dass Kundinnen und Kunden Geschäfte nur mit einem negativen Schnelltest besuchen dürfen. Das bislang praktizierte Click & Meet-Verfahren sei hingegen nicht mehr vorgesehen. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Änderung der Corona-Verordnung habe sich die Stadt Alfeld (Leine) dafür ausgesprochen, dass Geschäfte auch weiterhin Click & Meet anbieten können, da dies für den Einzelhandel besser planbar sei.

5. Anfragen

Herr Dräger bittet die Verwaltung um Auskunft zu einer neu angelegten Streuobstwiese zwischen Lütgenholzen und Brunkensen. Er möchte insbesondere wissen, wer die Auswahl der zu pflanzenden Baumarten getroffen hat. **Frau Mäkeler** erklärt, dass die Streuobstwiese eine Ausgleichsmaßnahme für die Baumaßnahmen des Tiefbauamtes zur Beseitigung der Hochwasserschäden in der Holzer Straße sei. Die Ausgleichsmaßnahme sei von einem Landschaftsarchitekturbüro entwickelt und mit der unteren Naturschutzbehörde beim Landkreis Hildesheim abgestimmt worden. Bei den Baumpflanzungen seien sog. alte Obstsorten verwendet worden. Auf die Frage von **Herrn Franke**, ob die Ausgleichsmaßnahme, die sich innerhalb des 1.000 Meter breiten Suchkorridors des SuedLinks befindet, gesichert sei, antwortet **Frau Mäkeler**, dass die Verwaltung aufgrund der bereits durchgeführten Kartierungen derzeit nicht davon ausgehe, dass die Fläche betroffen sei. Sollte sich herausstellen, dass die als Ausgleichsmaßnahme vorgenommenen Pflanzungen für die Realisierung des SuedLinks entfernt werden müssen, gehe sie davon aus, dass eine Entschädigung durch TenneT erfolgen müsse. **Herr Beushausen** fügt hinzu, dass nicht alle Planungen innerhalb des 1.000 Meter breiten Suchkorridors „auf Eis gelegt werden können“ und der Stadt Alfeld (Leine) ein gewisses Restrisiko bei der Auswahl des Standortes bewusst gewesen sei.

Herr Wöhler erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Baugebiet Königsruh. **Herr Stellmacher** antwortet, dass die Erschließungsarbeiten bereits vergeben worden seien und der erste Spatenstich am 01.06.2021 stattfinden soll. Im Rahmen des nächsten Bau- und Grundeigentumsausschusses am 26.05.2021 wird das Liegenschaftsamt eine aktuelle Interessenbekundungsliste vorlegen. **Herr Beushausen** fügt hinzu, dass es möglicherweise mehr Interessenten als Grundstücke gäbe. Für diesen Fall wird das Liegenschaftsamt einen Kriterienkatalog erarbeiten und zur Diskussion stellen, nach dem eine Vergabe der Grundstücke vorgenommen werden könne.

Vorsitzender

Protokollführerin

Der Bürgermeister